



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Andreas Winhart AfD**
vom 13.12.2020

Vorabregistrierung zur Zwangsimpfung

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Wird an medizinischem und/oder pflegerischem Personal an bayerischen Kliniken derzeit bereits Druck auf die Angestellten ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist? 3
- b) Müssen Pflegekräfte und Ärzte bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)? 3
- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Pflegekräfte oder medizinisches Personal von öffentlichen oder privaten Kliniken in Bayern zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt würde bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist? 3
2. a) Wird an Bediensteten der Bayerischen Polizei derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2 Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist? 3
- b) Müssen Bedienstete der Bayerischen Polizei bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)? 3
- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Bedienstete der Bayerischen Polizei zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist? 3
3. a) Wird auf Lehrerinnen und Lehrer in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist? 3
- b) Müssen Lehrerinnen und Lehrer bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)? 3
- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Lehrerinnen und Lehrer zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist? 4
4. a) Wird auf Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist? 4

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

- b) Müssen Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)? 4
- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist? 4
5. a) Wird auf Angehörige der Bundeswehr in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist? 4
- b) Müssen Angehörige der Bundeswehr bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)? 4
- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Angehörige der Bundeswehr zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist? 4
6. a) Wird auf Angehörige der Bundespolizei in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist? 4
- b) Müssen Angehörige der Bundespolizei bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)? 4
- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Angehörige der Bundespolizei zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist? 4
7. a) Wird auf Angehörige des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist? 4
- b) Müssen Angehörige des öffentlichen Gesundheitsdienstes bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)? 4
- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Angehörige des öffentlichen Gesundheitsdienstes zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist? 4
8. a) Wird auf Mitarbeiter „systemrelevanter“, privater Unternehmen in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist? 4
- b) Müssen Mitarbeiter „systemrelevanter“, privater Unternehmen bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)? 4
- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Mitarbeiter „systemrelevanter“, privater Unternehmen zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist? 5

Antwort

des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration unter Zugrundelegung des Sachstands zum 13.12.2020 vom 21.01.2021

1. a) **Wird an medizinischem und/oder pflegerischem Personal an bayerischen Kliniken derzeit bereits Druck auf die Angestellten ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist?**
- b) **Müssen Pflegekräfte und Ärzte bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)?**
- c) **Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Pflegekräfte oder medizinisches Personal von öffentlichen oder privaten Kliniken in Bayern zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt würde bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist?**
2. a) **Wird an Bediensteten der Bayerischen Polizei derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2 Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist?**

Die SARS-CoV-2-Impfung wird für das medizinische Personal sowie für alle Beschäftigten der Bayerischen Polizei als freiwillige Leistung angeboten. Die Erhebung personenbezogener Daten erfolgt nach Einverständniserklärung und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Aspekte.

Die medizinische Aufklärung erfolgt im Rahmen eines ärztlichen Beratungsgesprächs vor der Impfung. Darüber hinaus werden bereits jetzt umfangreiche Informationen zur COVID-19-Schutzimpfung angeboten. Dies gilt etwa auf der Homepage des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (<https://www.stmgp.bayern.de/corona-virus/impfung>) und auf der Intranetseite der Bayerischen Polizei. Auch die medizinischen Einrichtungen und stationären Pflegeeinrichtungen stellen für Personal bzw. die Bewohnerinnen und Bewohner zahlreiche Informationen zur Verfügung.

- b) **Müssen Bedienstete der Bayerischen Polizei bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)?**
- c) **Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Bedienstete der Bayerischen Polizei zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist?**

Gegenwärtig gibt es in Deutschland keine Impfpflicht gegen das Coronavirus. Daher steht es auch jedem Polizeibeamten frei, sich impfen zu lassen. Entsprechend hat es keine dienstrechtlichen Folgen, wenn sich ein Polizeibeamter nicht impfen lassen möchte.

3. a) **Wird auf Lehrerinnen und Lehrer in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist?**
- b) **Müssen Lehrerinnen und Lehrer bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)?**

- c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Lehrerinnen und Lehrer zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist?
- 4. a) Wird auf Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist?
 - b) Müssen Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)?
 - c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist?
- 5. a) Wird auf Angehörige der Bundeswehr in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist?
 - b) Müssen Angehörige der Bundeswehr bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)?
 - c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Angehörige der Bundeswehr zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist?
- 6. a) Wird auf Angehörige der Bundespolizei in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist?
 - b) Müssen Angehörige der Bundespolizei bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)?
 - c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Angehörige der Bundespolizei zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist?
- 7. a) Wird auf Angehörige des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist?
 - b) Müssen Angehörige des öffentlichen Gesundheitsdienstes bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)?
 - c) Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Angehörige des öffentlichen Gesundheitsdienstes zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist?
- 8. a) Wird auf Mitarbeiter „systemrelevanter“, privater Unternehmen in Bayern derzeit bereits Druck ausgeübt, sich für die noch zuzulassende SARS-CoV-2-Impfung verbindlich zu melden/registrieren, ohne dass die dazu notwendige Aufklärung über medizinische Risiken oder eine Untersuchung erfolgt ist?
 - b) Müssen Mitarbeiter „systemrelevanter“, privater Unternehmen bei Verweigerung einer Impfung gegen SARS-CoV-2 befürchten, ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Impfung nicht mehr nachgehen zu dürfen (vgl. „freiwillige“, für bestimmte Berufsgruppen verpflichtende Masernimpfung)?

- c) **Welche rechtlichen Konsequenzen würde die Staatsregierung ziehen, wenn Mitarbeiter „systemrelevanter“, privater Unternehmen zur SARS-CoV-2-Impfung genötigt werden bzw. die verbindliche Vorabregistrierung ohne Untersuchung oder Aufklärung erfolgt ist?**

Die Staatsregierung weist darauf hin, dass es keine Impfpflicht gibt. Die Impfung gegen COVID-19 ist freiwillig. Eine Impfung erfolgt immer nur nach vorheriger Anamnese und Impfaufklärung.